

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 29 (1988)  
**Heft:** 10

**Artikel:** Partei kontra Volksfront  
**Autor:** Révész, Laszlo  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1094210>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Laszlo Révész zu den scharfen ungarischen Kontroversen vor der Parteikonferenz

# Partei kontra Volksfront

Nach einer Zeit relativer Stagnation ist die ungarische Innenpolitik in Bewegung geraten. Es geht dabei nicht nur um die Ablösung von Janos Kádár, sondern um fundamentale Auseinandersetzungen in politischen Grundfragen. Die Kontroverse erhält auch organisato-

rische Exponenten. Jugendgruppierungen und vor allem die neu erwachte Volksfront stellen sich immer deutlicher den herkömmlichen Parteiansprüchen entgegen. Die Atmosphäre gemahnt ansatzweise bereits an die Zeit vor 1956.

Die Konferenz der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei beginnt am 20. Mai. Die Parteiführung hat heute viele Probleme und Schwierigkeiten sowohl innerhalb der Partei als auch in ihrer Bündnispolitik, vor allem mit der Patriotischen Volksfront.

### Austrittswelle

Innerhalb der Partei meldeten sich kritische Kräfte besonders im Zusammenhang mit der Diskussion über den Entwurf des Konferenzdokuments.

Ein redaktioneller Artikel der zentralen Parteizeitung «Népszabadság» nahm zu den innerparteilichen Schwierigkeiten Stellung (16. 4. 1988), und diese Stellungnahme ist zweifelsohne auch jene der Parteiführung:

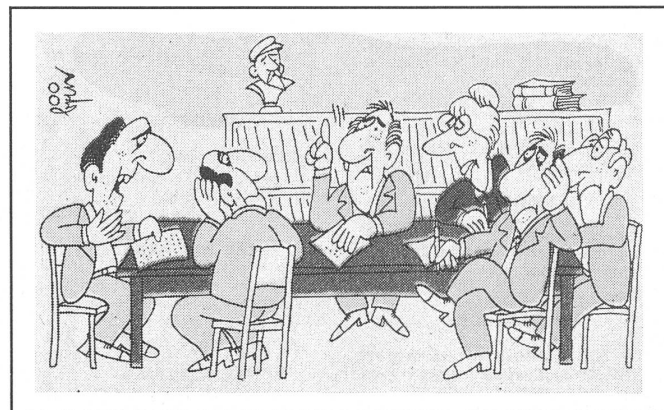
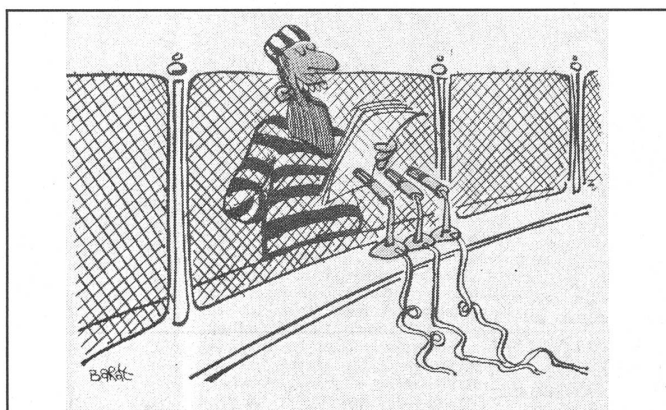
«Keine kommunistische Partei kann dulden, dass ihre Mitglieder unter dem Vorwand der freien Meinungsäußerung und der Vereinsfreiheit an den Veranstaltungen der oppositionellen partei- und systemfeindlichen Gruppierungen teilnehmen und sich mit den dort geäußerten antisozialistischen Anschauungen einverstanden erklären. In solchen Fällen soll ihnen mitgeteilt werden: Entweder akzeptieren sie die mit der Parteimitgliedschaft verbundenen Verpflichtungen, oder man soll ihnen den Austritt empfehlen. Sollte diese Empfehlung erfolglos bleiben und sollten die Betroffenen an den erwähnten Veranstaltungen ihre antisozialistischen Meinungen weiterhin äußern, bleibt nichts anderes übrig als der Ausschluss.»

Viele intellektuelle Parteileute sympathisieren besonders mit dem Demokratischen Forum; dies war schon 1987 ein zentrales Problem für

die Partei, weshalb vom Oktober 1987 bis Ende März 1988 eine Überprüfung der Einstellung und des Verhaltens der Mitglieder erfolgte. Parteitreue Kommissionen führten Gespräche mit den «Verdächtigen», worauf innert 6 Monaten von 880 000 Parteimitgliedern 40 000 austraten und 6000 ausgeschlossen wurden. Dies ist ein einmaliger Fall in der neusten Geschichte der kommunistischen Parteien, denn vor Parteikonferenzen und -kongressen wird in der Regel eine «Anwerbung» von neuen Mitgliedern praktiziert.

### Gegenstimmen gestattet?

Im Rahmen der Diskussion über die Erneuerung der Partei verlangte selbst der Prorektor der Politischen Hochschule beim ZK der Partei, der Minderheit müsse man im Rahmen der Partei erlauben, ihre Meinung zu vertreten



Links: «Ich kann über alles reden, was nicht verboten ist.» («Ludas Matyi», Budapest, 20. 4. 1988) Rechts: Unfair! «So kann man nicht diskutieren, Genosse Kovacs, wenn Sie sich dauernd auf Gorbatschow beziehen . . .» («Ludas Matyi», 20. 4. 1988)



MÉSZÁROS ANDRÁS KARIKATÚRÁJA



Oben: Der Vorteil gegenüber dem Kapitalismus. «Aber dafür können wir doch sehr viel sparen, weil es bei uns keine so teuren Wahlkämpfe gibt.» (LM, 20. 4. 1988)

Links: Die Maggie hebt den kleinen Janos zum Guckloch am Zaun der EG. «Neugier.» («Népszabadság», Budapest, 7. 5. 1988)

(«Otlet», 10. 3. 1988). Diese Idee vertrat die KP der Tschechoslowakei in der Periode des Prager Frühlings, und das vom illegalen 14. Parteikongress (nach der Sowjetinvasion) verabschiedete Parteistatut hat dieses Recht für die Minderheit auch anerkannt; nachher wurde aber diese Bestimmung entschieden abgelehnt, da sie dem «demokratischen Zentralismus», dem Grundprinzip des Aufbaus und des Funktionierens der Partei, widerspricht.

Gyula Horn, Staatssekretär im Aussenministerium und ZK-Mitglied, schrieb im Zusammenhang mit der innerparteilichen Situation («Magyar Hirlap», 23. 4. 1988, S. 2) u. a.: «Meiner Meinung nach kamen wir in eine komplizierte Periode, und es ist kein Zufall, dass einige in ihr einen Versuch zur Rückkehr zu einer sehr gefährlichen Periode der ungarischen Geschichte sehen wollen» (gemeint ist 1956).

Im Zusammenhang mit der bevorstehenden Parteikonferenz schrieb er: «Die Konferenz soll die Prinzipien der Erneuerung der Struktur der politischen Institutionen bestimmen . . . Ich halte es von prinzipieller Bedeutung, dass die Parteikonferenz die Erarbeitung eines neuen Parteistatuts bestimmt und die Verfassungsreform auf die Tagesordnung stellt. Dazu ist meines Erachtens die strukturelle und individuelle Erneuerung (!) der führenden Körperschaften notwendig.» Es untersteht kaum einem Zweifel, dass er dabei an Kádár dachte.

Auch mit der Jugend, besonders mit der kommunistischen Jugendbewegung, gibt es Schwierigkeiten, da diese immer mehr Forderungen stellt. Das Ende April abgehaltene Landes-Schülerparlament verlangte die Gründung eines Schülerverbandes (Diákszövetség) – wahrscheinlich auch mit Studentenmitgliedern – (die Bezeichnung «diák» bezieht sich nämlich sowohl auf die Gymnasiasten als auch auf die Studenten). Die Begründung war: Der KISZ (Kommunistischer Jugendbund) sei ausserstande, die Probleme der Studierenden zu lösen («Magyar Ifjúság», 29. 4. 1988, S. 8).

### Jugend schert aus

Wesentlich weiter ging die studentische Jugend, welche Ende April ihre Konferenz in Siófok am Plattensee abhielt. Die Forderungen entsprechen vollumfänglich jenen der oppositionellen Kreise: Man brauche eine Regierung, welche nicht im Namen des Volkes, sondern unter der Kontrolle des Volkes regiere. Die Frage wurde aufgeworfen: Wie kann sich ein Abgeordneter um die Interessen seiner Wähler kümmern, wenn er Parteimitglied ist und dem Grundsatz des demokratischen Zentralismus untersteht? (!) Die Parteikonferenz müsse entscheiden, ob es in Ungarn eine Krise gebe und wer in diesem Fall die Verantwortung dafür zu tragen habe. Die intellektuelle Jugend äusserte sich auch gegen den Kommunistischen Jugendverband: Er sei unter kleinlicher Betreuung der Partei und könne seine Aufgaben nicht erfüllen.

In Jugendkreisen wird die Forderung immer lauter, neue Jugendorganisationen zu gründen, was jedoch von der im April abgehaltenen ideologischen Konferenz der Partei entschieden abgelehnt wurde. ZK-Sekretär János Berecz: «Dadurch würde das gegenseitige Vertrauen in der Jugend erschwert» («Magyar Nemzet», 18. 4. 1988, S. 3).

Sogar in Journalistenkreisen gibt es zunehmende Unzufriedenheit, und mit 200 Unterschriften wurde ein neuer Journalistenverein «Klub der Offenheit» ins Leben gerufen, der jedoch vom offiziellen und regimetreuen Journalistenverband als «Konter-Journalistenverband» bezeichnet wurde («Budapester Rundschau», 25. 4. 1988, S. 3).

Auch im Gewerkschaftsverband gibt es Bestrebungen zur Einführung eines gewerkschaftlichen Pluralismus, der aber vom Präsidium des Landesverbandes der Gewerkschaftsverbände Ende Februar 1988 offiziell abgelehnt wurde: «Vor kurzem erklärte eine kleine Gruppe ihre Absicht, ausserhalb der Gewerkschaftsbewegung eine Gewerkschaftsorganisation ins Leben zu rufen und dadurch die Einheit der Gewerkschaftsbewegung zu spalten. Diese wollen wegen aller Konflikte die Gewerkschaftsführung verantwortlich machen. Das Präsidium lehnt solche Absichten entschieden ab» («Népszava», 1. 3. 1988). György Fejtő, Sekretär des ZK der USAP (der Partei), äusserte sich zu solchen Bestrebungen: «Die Aktivität der

Schluss auf Seite 12

## Ungarn

Schluss von Seite 5

feindlichen Kräfte muss man entlarven und zurückdrängen... Unter dem Vorwand der staatsbürgerlichen Initiative und der Selbstständigkeit gibt es keine Möglichkeit, systemfeindliche politische Organisationen ins Leben zu bringen» («Magyar Hirlap», 30. 4. 1988, S. 3).

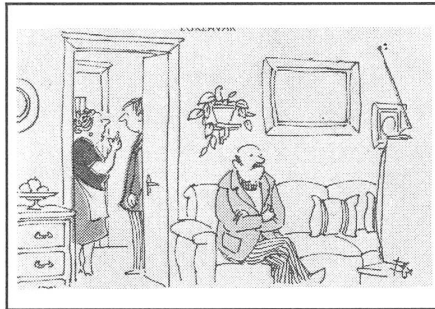
### Volksfront gibt Kontra

Unter ähnlichen Bestrebungen scheint zweifelsohne jene der Patriotischen Volksfront die gefährlichste für das Regime zu sein, deren Generalsekretär, Imre Pozsgay, für die gegenwärtige Parteiführung wahrscheinlich eine gewisse Gefahr bedeutet. Er ist relativ jung (geb. 1933), Autor von mehreren Büchern und hat auch Erfahrungen in der politischen Arbeit. Er war 1957–1965 Parteifunktionär, später während vier Jahren Kulturminister.

Er kritisierte Anfang April die gegenwärtige Führung (vgl. «Magyar Ifjúság», 8. 4. 1988) und sagte, die strukturellen «Elemente» in der Partei, welche in den fünfziger Jahren zahlreiche Verbrechen begingen, existierten heute noch. Auch Pozsgay verlangte eine Führung durch das Volk und nicht durch die Regierung im Namen des Volkes! Er sprach sich für einen «gewissen politischen Pluralismus» aus und verlangte die Änderung der Methoden der Parteiführung. In einem Gespräch mit der Redaktion der Jugendzeitung «Magyar Ifjúság» (8. 4. 1988) stellte er fest, Ungarn befinde sich nicht nur in einer wirtschaftlichen, sondern – vor allem – in einer sozialen und moralischen Krise; er befürwortete eine Volksabstimmung für die Lösung der wichtigsten Probleme des Landes, und anstelle der von oben ernannten

Politiker verlangte er solche, die vom Volk unterstützt seien.

Das Präsidium des Landesrats der Patriotischen Volksfront nahm Stellung zum Entwurf des Konferenzdokuments der Partei. Es verlangte die Schaffung eines «Mechanismus» für die Beseitigung «voluntaristischer» Parteientscheide, ferner eine neue Verfassung, ein Wahl- und Vereinsgesetz. Dem Parteidokument wurde in der Stellungnahme des Volksfront-Präsidiums vorgeworfen, es wolle die Befugnisse der



In Ungarn sind dieses Jahr neue Steuern in Kraft getreten. «Dein Vater möchte, dass sich die Proletarier aller Länder gegen das Steueramt vereinigen.» (LM, 27. 4. 1988)



«Also, für meine diesjährige Rede tippst du meine letztjährige Rede minus ein paar Marx-Zitate.» (LM, 27. 4. 1988)



Das Geheimarchiv. «Genosse Direktor, ich habe schon wieder einen versteckten Direktor gefunden.» («Ludas Matyi», Budapest, 20. 4. 1988)

Volksfront beschränken; der Entwurf bedeute in dieser Beziehung eher einen Rückschritt. Die Volksfront würde, falls sie nach diesem «Modell» arbeite, den Sinn ihrer weiteren Existenz verlieren. «Ohne eine institutionalisierte Rolle der Volksfront gibt es keine Bündnispolitik, keine echte Partnerschaft zwischen Parteimitgliedern und Parteilosen, die in Zukunft nicht mehr zweitrangige Bürger bleiben wollen» («Magyar Nemzet», 23. 4. 1988, S. 3).

### Ominöse Erinnerungen

Die Volksfront erachtet sich demnach immer mehr als Vertreterin der Parteilosen, und damit entsteht eine ähnliche Situation wie in den fünfziger Jahren. Nach dem Tode Stalins (am 5. 3. 1953) kam (wie in Polen) in Ungarn eine liberalere Entwicklung; Ministerpräsident wurde am 4. Juli 1953 der im Juni 1958 hingerichtete Imre Nagy, während der Stalinist Mátyás Rákosi Parteichef blieb. Ministerpräsident Nagy liess die «Kulakenliste» – als erster Schritt – liquidieren und ab September 1953 die Internierungslager auflösen, was Rákosi nicht gefiel. In dieser Situation stellte sich die Volksfront auf die Seite Imre Nagys; in die Führungsorgane der Volksfront kamen parteilose Intellektuelle, u. a. der am 25. Oktober 1956 vor dem Gebäude des ZK der Partei erschossene reformierte Pfarrer und gleichzeitig Professor für Geschichte, Zoltán I. Tóth. Die Kontroverse mündete in den Volksaufstand. ■

**ZEITBILD** erscheint alle zwei Wochen

Redaktion – Administration – Anzeigenverwaltung

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6  
Tel. 031 43 12 12, Telex 912 713 soi ch

Telegramm Schweizost

Postcheck ZeitBild 30-24616-5  
Banken: Spar + Leihkasse Bern 153.400.2.03  
Deutsche Bank Frankfurt a. M.  
(BLZ 500 700 10) 78-2409

Printed in Switzerland ISSN 0044-2100

Verantwortlicher Herausgeber und Verlag  
Schweizerisches Ost-Institut AG (SOI)  
Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

Redaktion  
Peter Sager, Christian Brügger

Administration und Anzeigenverwaltung  
Peter Dolder

Abonnementspreise Inland  
Jahresabonnement Fr. 48.–  
Studenten, Lehrlinge und Schüler Fr. 28.–  
Einzelnummer Fr. 2.50

Abonnementspreise Ausland  
Europa + Mittelmeerländer  
Jahresabonnement sFr. 53.–/DM 64.–/  
Luftpost sFr. 58.–  
Studenten, Lehrlinge und Schüler  
sFr. 33.–/DM 40.–  
Einzelnummer sFr. 2.80/DM 3.40

Übersee  
Jahresabonnement Luftpost sFr. 63.–